



Die zahlreichen langfristigen Zeitungsverbote sind der Gegenstand einer deputationalen Anfrage im Reichstag. Manche Verbote, so wird darin ausgeführt, lassen schließen, daß es den die Zensur handhabenden Stellen weniger darauf ankomme, durch das Verbot weitere Presseausbreitungen zu verhüten, als die davon betroffenen Zeitungen und Zeitschriften wegen ihres der Regierung unangenehmen Einflusses in der Öffentlichkeit nach Kräften zu schädigen oder gar wirtschaftlich zugrunde zu richten. Nur so erscheinen Verbote ernstlicher Zeitschriften auf sechs Monate. Wegen eines einzigen Artikels, der bei der Regierung Anstoß erregt hat, verhältnißlich („Deutschlands Erneuerung“, „Gewissen“). Die Anfrage fordert die Regierung auf, dem Reichstag bald eine gedruckte Uebersicht vorzulegen sowohl der Beschlagnahmen und Verbote mit Angabe der jeweiligen Anlässe sowie der dagegen erhobenen Einsprüche, den dazu ergangenen Gerichtsurtheile und der Beschlüsse. Ferner wird gefordert, daß langfristige Verbote nicht verhängt werden, wenn erstmalige Verstöße vorliegen.

Eine besondere Art von Zeitungsverboten hat die sozialdemokratische Regierung des Landes Thüringen eingeführt. Sie hat

die Zeitung „Der Arbeiter“ verboten, weil er, wie angegeben wird, die Ziele eines verbotenen Bundes (nämlich des aufgelösten „Bundes der Arbeiter“) vertritt. Mit dem „Aufrechten“ fallen noch andere Zeitungen von einem ähnlichen Schicksal betroffen worden sein. Ein solches Verbot ist nicht mit dem neuen Gesetz zum Schutze der Republik in Einklang zu bringen, das bestimmte Verbotseinschränkungen enthält.

Die roten Parteien.

§§ Auf dem mehrheitssozialistischen Parteitag in Augsburg wurde am Donnerstag vormittag nach einem Referat des Parteivorstehenden Wels über die internationale und die Einigung des Proletariats das Aktionsprogramm der beiden sozialistischen Parteien ohne Aussprache einstimmig angenommen.

In der Mittwochs-Nachmittags-Sitzung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Erziehung der breiten Masse des Volkes zur republikanischen Staatsgesinnung und die Stärkung der proletarischen Kampffront zur Abwehr der „nationalistischen Propaganda“ als Aufgaben der Sozialdemokratie bezeichnet wurden, ebenso die kraftvolle Durchführung der Gesetzgebung zum Schutze der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung und die Reinigung des Beamtenkörpers von reaktionären Elementen. Der Parteitag wünschte schleunige Auseinandersetzung der Landesregierungen mit den künftigen Häusern, wobei die Entziehung des Besitzes aus öffentlichen Mitteln zugunsten der Allgemeinheit berücksichtigt werden soll. Kunstschätze, Baudenkmäler usw. seien unbedingt dem Volke zu erhalten. Nachdem die Debatte geschlossen war, wurde eine ganze Reihe Anträge angenommen, so der Antrag zur Forderung der Ausnahmemaßnahmen auf den Transporten der Lebensmittel und der Leistungsfähigen Kreise von Handel und Industrie zur Aufbringung der Mittel für die nothwendigen Vorräte, Sozialreformer usw. herangezogen werden sollen. Das Verbot der Schwarz-Weiß-Propaganda soll unter Strafe gestellt werden. Von der Regierung werden Maßnahmen zur Abstellung der Not der Presse und gegen den Papiermangel verlangt. Weiter wurde angenommen ein Antrag auf Republikanisierung der Reichswehr und Entfernung aller reaktionären Elemente aus ihr. Der Antrag auf Entlassung des Kriegsministers Gehler wurde zurückgezogen. Der 1. Mai, der 11. August und der 9. November sollen als gesetzlichen Feiertage gemacht werden. Wels und Bettge sollen abgesetzt werden. Angenommen wurde weiter ein Antrag auf Verbot des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sowie auf Erleichterung der Reparationsleistung an Polen.

In der Donnerstag-Sitzung gab Abg. Wels u. a. ein Telegramm aus Carlsruhe bekannt, in dem mitgeteilt wird, daß am Mittwoch die beiden Redakteure der „Volksstimme“ in Carlsruhe den Verhaftungsbefehl erhielten. Binnen 24 Stunden das Saargebiet zu verlassen. Die deutsche Sozialdemokratie schloß sich dem Protest gegen solche Gewaltmaßnahmen an und hoffte, durch den Völkerbund der unterdrückten Bevölkerung des Saargebietes ihr Recht verschaffen zu können.

§§ Die zweite Sitzung des Parteitages der Unabhängigen in Weimar wurde mit dem Geschäftsbericht begonnen, nach dem die Mitgliederzahl seit dem 1. Januar um etwa 10.000 zugenommen ist. Das Bericht über den Bankrott der USPD erklärte der Kassierer zwar für unbegründet, eine Bilanz wurde jedoch nicht vorgelegt, vielmehr wurde für die Zukunft ein Parteibeitrag in Höhe von einem Stundenlohn wöchentlich gefordert. Für die Reichstagsaktion sprach Dr. Moser, der als Weg zur Revision des Versailler Vertrages die Erfüllungspolitik hinstellte, deren Folgen jedoch nicht auf das Proletariat abgewälzt werden dürfen. Eine bedingungslose Unterstützung des Kabinetts lehnte die USPD ab. Die Lage der sonderbaren Stellung des Reichstages, der immer vor ungelösten Aufgaben steht, wurde von Dr. Hilferding sprach über die Finanzfrage und das Reparationsproblem. Den Außenminister bezeichnete er als die Kapitulation des lebenden Volkes vor dem toten Rathe. Hilferding befürchtet vor dem Vertrag eine Schädigung unserer Handelsbilanz, eine verschärfte Inflation und fordert besondere Besteuerung der Gewinne aus diesem Vertrag, durch den sich ein neues und in den Welt aller Aktienkapitalien setzen werde. Über die Auftrags- und Gewinnverteilung sei eine Anknüpfung der deutschen und französischen Gewerkschaften herbeizuführen.

Deutscher Theater.

Wie ein Motto stehen die Titel der ersten beiden Neuheiten über dieser Winterspielzeit. Im Lustspielhaus ging Anfang September „Die Schule der Kolotten“ in Szene, acht Tage darauf folgte im Triantentheater „Lissi, die Kolotte“ (so schnell lernt man hier). Jeden Beruf in Ehren, aber eigentlich sollten die Zeiten vorbei sein, wo einzelne Stände solche Bevorzugung genießen, es widerspricht unserem sozialen Empfinden, wenn ein Kolotte auf der einen, Dünkel auf der anderen Seite... Immerhin hatte Lissi schlecht gelernt, was ja bei so kurzer Schulzeit entschuldbar ist. Sie hat sich an den Titel des ersten Ständes gehalten und nichts als Schamerei dahinter vermutet. Infolgedessen wartet denn die Schülerin Lissi unverdrossen in tiefster der Klasse gemeiner und nicht einmal wichtiger Joten. Kein Wort über diese geistesverlassene Dürrenangelegenheit zu verlieren, mit der die Schülerin Lissi sich für 1922/23 vorstellt. Was die „Schule der Kolotten“ betrifft, so ist der Inhalt des Schwanes laender und besser, als der Titel vermuten läßt. Etwas langwierig und zum Schluß reichlich sentimental, aber nicht ohne Witz. Ein heruntergekommenes Graf macht es sich zur Lebensaufgabe, aus talentvollen kleinen Dürren große Pariser Kolotten zu erziehen. Wie ihm das bei der Schülerin Ginette gelingt (die am Schluß sogar vom Präsidenten empfangen wird), weiß Leopoldine Konstantin im Lustspielhaus sehr hübsch durch allweilige Steigerung der Manieren und Toiletten vor Augen zu führen.

Daß trotz der schlechten Zeiten hier nicht nur die Kolotten, sondern auch die Theatergründungen Schule machen, ist ein Verdienst unserer lieben Gäste, deren babylonisches Sprachgewirr man in allen Hauptkassen und Schauplätzen mit stillem Entzücken hört. Künstlerisch bedeutet das keinen Fortschritt. Aber wer weiß? Die vier Theatergründungen, mit denen Berlin in diesem Herbst noch beglückt werden soll (vor einem Jahre waren es bekanntlich ungefähr ebenso viel), sind vielleicht wirklich verdienstvoll, wenigstens versprechen sie literarische und künstlerische Gesichtspunkte. Nun sind freilich Programme im allgemeinen dazu da, nicht eingehalten zu werden. Vorläufig scheint wenigstens die zuerst eröffnete Bühne, die sich schlicht „Theater in der Kommandantenstraße“ nennt und unter der Leitung eines früheren Direktors des Zinnbruder Stadttheaters steht, gegen den Strom schwimmen zu wollen. Man hat dort kein großes Programm aufgestellt, keine Meßnahme gemacht, man will keinen Mißgeschick, keine Ausländer aufführen, der Direktor hat seine Darsteller konzentrisch verpflichtet, nicht zu filmen, er fängt überdies pünktlich mit dem Spiel an und macht keine langen Pausen. Das sind alles Vorgänge, es fehlt nur noch, daß gut gespielt wird. Was immerhin nicht ganz unwichtig ist. Vom Eröffnungabend kann man es leider nicht sagen: Wilhelm Schmitz hat ein Schauspiel „Der Gesellene“ errang zwar einen Achtungserfolg, aber mehr trotz der, als durch die Darstellung. Ein Wortdrama, das sich um einen Klager dreht, der erkrankt aus dem Kriege heimkehrt und nun mit dem Wirt von der Reichshausen verachtet gegen seine junge Frau hat, sie betrüge ihn mit seinem dahingelebten Bruder. Ein Dichter spricht, psychologisch sehr fein und voll innerer Wärme, aber allzu wortreich und sprunghaft in den Motiven.

New-York, 21. September. (Zuntendienst.) Wechsel auf Berlin Schlusssatz 100 Mark = 0,071/2 (0,071/2) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 1408,508 (1408,508) Mark.

Die Bischofsfrage in der evangelischen Kirche.

D. H. Berlin, 20. September. In einer für die Öffentlichkeit gesperrten Sitzung behandelte die Verfassungskommision der evangelischen Kirche am Mittwoch die Bischofsfrage. Der Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgte mit Rücksicht auf die internationalen und interkonfessionellen Beziehungen der Kirche. Für die Abstimmung soll dagegen die Öffentlichkeit wiederhergestellt werden. Aber die Sitzung wurde folgender offizieller Bericht ausgeben:

D. Wehmann als Berichterstatter des Ausschusses über die Bischofsfrage begründet den von diesem eingebrachten Antrag: „In geeigneter Stelle ist in die Verfassung einzufügen: „Durch Provinzialkirchenrat kann bestimmt werden, daß der Generalsuperintendent die Amtsbezeichnung Bischof führt.“ Er berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses und gibt einen (im Donnerstag-Abendblatt der Schles. Fr. im Auszuge wiedergegebenen) geschichtlichen Überblick über die Bischofsfrage. Die Synodalen Graf von der Schulenburg und D. Frey von Soden bekräftigten ihre Anträge für und gegen den Bischofstitel. Es entspinnt sich im Anschluß daran eine lebhafte und ausgedehnte Aussprache, in der das Für und Wider der Frage eingehend erörtert wird. D. Hauke tritt für den Bischofstitel ein, ebenso mit Zustimmung eines neuen Antrages der Synodale Hindler und in Befürwortung des Ausschusses antrages der Synodale D. Eberlein. Gegen den Antrag sprechen sich die rheinisch-westfälischen Synodalen Siebel und D. Wolff aus.

In der Nachmittags-Sitzung wurde mit 102 gegen 84 Stimmen der Antrag Graf v. d. Schulenburg und Geisen, in der Verfassung der evangelischen Kirche der altpreussischen Union an Stelle der Amtsbezeichnung „Generalsuperintendent“ überall die altpreussische Bezeichnung „Bischof“ einzufügen, abgelehnt. Ebenso wurden die übrigen auf Einführung der Amtsbezeichnung „Bischof“ hinführenden Anträge abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, wonach es bei Änderung von Amtsbezeichnungen, welche durch die Verfassung festgelegt sind, insbesondere für die Bezeichnung der Amtsbezeichnung „Bischof“ an die Generalsuperintendenten, eines Kirchengesetzes bedarf.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Wa. Warschau, 21. September. Der Sachverständigenrat des Handelsministeriums hat heute bezüglich der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen eine Resolution, in der die Frage eines Handelsvertrages mit Deutschland als nicht eilige Angelegenheit erklärt wird. Die Aufhebung des sogenannten deutschen Wirtschaftsbottots sei kein ausreichendes Äquivalent für die Gewährung des deutschen Transits nach Rußland. Die Resolution fordert Verhandlungen mit Frankreich, um den polnisch-französischen Handelsvertrag bezüglich der Zollbestimmungen zu verbessern.

Die Sowjetregierung fälscht Obligationen.

Die Sowjetregierung hatte die Originalplatten von Chinas erster Auslandsanleihe gefunden, die 1895 ausstünde gebracht wurde, und hat Duplikate der Originalobligationen anfertigen lassen, die von der Internationalen Bank in Petersburg herausgegeben worden sind. Die Duplikate sind von den echten Stücken nicht zu unterscheiden. China hat aber die Obligationen schon eingelöst und deshalb ist man auf den beabsichtigten Betrug gekommen, als die Papiere angeboten wurden. Bei einer zweiten Fälschung handelt es sich um den russischen Anteil an der chinesischen Reorganisationsanleihe, deren provisorische Zertifikate auf den europäischen Märkten verkauft wurden. Die authentischen Obligationen lagen in den Gewölben der russisch-asiatischen Bank in Petersburg, die von den Bolschewisten geplündert wurde. Sie haben dann die Papiere auf den Markt gebracht, ohne daß die provisorischen Zertifikate eingezogen worden wären, also versucht, für beide

Parteien Geld zu erhalten. Joffe, der Sowjetvertreter in China, hat selbst versucht, solche Originalpapiere auf chinesischen Märkten unterzubringen, jedoch waren die Bankhäuser gewarnt, und der Betrug ist nicht gelungen.

England muß Getreide exportieren.

Wa. Moskau, 21. September. Angesichts der katastrophalen Lage der russischen Finanzen sieht sich die Regierung trotz des Protestes des Kongresses der kommunistischen Partei Englands in Moskau gezwungen, einen Teil der diesjährigen Ernte ins Ausland zu schaffen, um fremde Valuta dafür in die Hände zu bekommen. Wie die ukrainische Presse meldet, soll das reiche Gebiet von Kuban (Nordkaukasus) den Befehl erhalten haben, zunächst 80.000 Tonnen Weizen für die Ausfuhr ins Ausland bereit zu stellen. Der erste russische Exportweizen soll in Noworussk in Schiffe verladen werden, um nach Italien, wonach in diesem Jahre eine große Mißernte ist, geschafft zu werden. Ähnlich wird erklärt, daß sich der Export von Getreide aus dem noch immer hungernden England nicht vermeiden lasse, da der traurige Zustand der russischen Eisenbahnen den Transport der reichen Ernte aus dem Nordkaukasus in die Hungergebiete unmöglich mache. Zweifellos soll der Getreideexport nach Italien dem Auslande zeigen, daß es mit Rußland unter dem Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik bereits aufwärts gehe. (Das ist die Methode der Bolschewisten, daß sie den Kapitalismus vernichten, das Volk verhungern lassen und im Auslande um Kapitalien bühnen. — Red.)

Verchiedene Mitteilungen.

— Wegen der militärischen Verhaftung deutscher Polizeibeamten in Hamburg in Verfolg des belgischen Falles Graff war von deutscher Seite in Brüssel Protest eingelegt worden. Das belgische Auswärtige Amt hat nun den traurigen Mut, diesen Übergriff der belgischen Weisungsbehörde als gerechtfertigt hinzustellen. In einer offiziellen Notiz der „Agence Belge“ heißt es: Die Verhaftungen in Hamburg seien von den belgischen Gerichtsbehörden im belagerten Gebiet verfügt worden, da es den deutschen Gerichtsbehörden bisher nicht gelungen sei, die Schuldigen zu verhaften. Wie deutsche Schuldfälle konstruiert werden, hat man soeben in dem Obersten Fall gesehen.

— Auf Grund der Untersuchung im Rathenau-Prozess hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik durch Beschluß vom 11. September 1922 die Angeklagten Erich Bode, Fritz Rüchensmeier, Waldemar von Sautwisch, Joseph Rudolph Heine, Manfred von Killack, Heinz Stubenrauch, Theodor Brüdigam, Wilhelm Heine, Alfred Hoffmann und Wilhelm Ehrentraut bezüglich der ihnen zur Last gelegten Verbrechen unter Aufhebung der diesbezüglichen Kosten des Verfahrens auf die Reichskasse außer Verfolgung gesetzt.

— Die Lager-Verkehrs-Gesellschaft, der gesetzliche Träger der Reichsversicherungsanstalt für die gesamten deutschen Großhandel mit Einschluß des Speditionen- und Lagergeschäftes, hat mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes den Namen „Großhandels- und Lager-Verkehrs-Gesellschaft“ angenommen.

— Das preussische Landesverwaltungsamt für Entscheidung von Streitigkeiten über einseitige Regelung der Amtsbefolgung wurde nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressendienstes gebildet. Zum Vorsitzenden wurde der Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts Schödel bestellt. Die Geschäftsverteilung befindet sich im Oberverwaltungsgericht Berlin-Charlottenburg. Die Frist für die Annahme des Landesverwaltungsamtes beginnt in allen Fällen, in denen der besterhebende öffentliche Anordnungsfall der anstehende Beschäftigung vorher eröffnet ist, vom 20. September ab zu laufen.

— Aufgehobene Zeitungsverbote. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das Verbot der „Hamburger Bürgerstimme“, der „Morgen-Rathenau“ in Berlin, der „Westfälischen Arbeiterzeitung“, der „Gelsenkirchener Arbeiterzeitung“ und der „Morgen-Rathenau“ aufgehoben, dagegen die Beschränkung der „Münchener Zeitung“ aufrechterhalten.

— Rückzahlung französischer Schulden an England. Wie der „Morning Post“ mitteilt, hat die Bank von Frankreich an die Bank von England eine neue Rückzahlung in Höhe von zwei Millionen Pfund geleistet. Dadurch ist die Summe der Rückzahlungen auf insgesamt 18 Millionen Pfund gestiegen.

Theater.

Stadt-Theater. „Die Walküre“. Eine hervorragende Aufführung der „Walküre“ setzte das Spiel von Wagners „Ring“ fort. In Wagners Schaffen reicht sich die „Walküre“ unmittelbar dem „Rheingold“ an. Seine Arbeitsatmosphäre liegt dem „Rheingold“ über, aber es ist über alle Maßen wunderbar, wie der Strom in der „Walküre“ ganz anders rauscht als im „Rheingold“. Operndirektor Julius Rührer hat die Partitur in einer Weise orchestral interpretiert, daß wir an Bayreuth gemöhnt waren. Das Orchester spielte sehr schön, ausdrucksvoll und leidenschaftlich, dabei aber, durch die künstlerische Ruhe des Dirigenten beeinflusst, mit einem Verzicht auf alle Klangschönheiten, daß die Plastik dieser herrlichen Musik in Melodie und Themenbildung vollendet hervortrat. Der Intendant K. Reichenberg ließ den ersten Aufzug in seiner alten Gestalt. Unschön an ihm ist einerseits die grobe Dunkelheit, die es unmöglich macht, das Bühnenspiel für die Darstellung auszunutzen. Die Realität der Bühne darf nicht so weit gehen, daß der Zuschauer kaum etwas sieht. Außerdem werden Neben, wie: „Wie gleicht er dem Weibe“, oder „Sieh, wie gierig sie dich frägt“, zum Unflin. Die ganze Wunderwelt dieses Aufzuges beruht in den ausgedehnten Zwischenspielen nur auf der Dramatik der Augen. Sind hier die Tore gesperrt, bleibt das Verständnis ein beschränktes. In den szenischen Bemerkungen Wagners heißt es dann später: „Es ist vollständig Nacht geworden.“ Es kann ja schon nicht mehr noch dunkler werden. Zu Anfang des Aufzuges heißt es bei Wagner nun freilich: „Es ist gegen Abend.“ Wagner sieht also für die Entwicklung der Dinge auch die Steigerung der Lichtdramatik vor. Andererseits ist die Landschaft sehr unschön, die sich beim Aufbrechen der Türe zeigt: außen herrliche Frühlingsnacht; der Waldmond leuchtet herein“ läßt man bei Wagner. Der baumbestandene Eingang zu Gunzings Haus hindert leider die Fernsicht. Die Symphonie des Hellwunders in der Natur und im Herzen des Liebesspaars kann nicht deutlich genug sein. Der zweite Aufzug brachte belanglosen Stellungwechsel; der dritte aber wirkte durch eine prächtige Inszenierung des Feuerzaubers mit elementarer Gewalt. Der starke Beifall des gefüllten Hauses war sehr berechtigt. Auch das Ensemble der Walküren war sehr trefflich, sowohl im Gesang wie in der bewegten Darstellung. Nur eine Stelle: „Du uns floh die Verfolgung“ verunglückte wegen unsicherer Einsätze der beginnenden Stimme. Wie Ausnahme der Singlindenbesetzung mit Annie Leh verhalten unsere alten vorzüglichen Kräfte dem Musikdrama Wagners zu einem großen Erfolg. Annie Leh fügte sich diesem guten Preise in Darstellung und Spiel ebenfalls ein. Adolf Böltgen ist zunächst für diesen „Ring“ wieder unser Hingebter. Seine Geliebte führte den Raum mit starker dramatischer Macht. Marga Dannenberg (Frieda) Bella Forner (Brünnhilde) und Rudolf Mittelhoff (Gundring) boten Bekanntheit ersten Ranges. Warum behält denn Gundring in seinem Hause während der ganzen Zeit seinen Helm auf? Besonders hervorzuheben will ich aber den Wotan Richard Groß, der wahrhaftig ein Stimmorgel von untrüglicher Gewalt war. Dr. Fr. Fr.

[illegible]

Schlesien.

Die neue Brotmarkenordnung.

* Die neue Brotmarkenordnung, welche diejenigen aus der Versorgung ausfällt, welche im Kalenderjahr 1921 ein höheres Einkommen als 30 000 Mark, zuzüglich 15 000 Mark für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verbleibenden Haushaltsangehörigen gehabt hat, wird manchem bei der Feststellung, ob er noch bezugsberechtigt ist oder nicht, in den Grenzfällen Schwierigkeiten bereiten. Wenn eine Familie außer dem Haushaltsvorstand aus einer Frau, zwei Kindern und einem Dienstmädchen besteht, so würde, falls das Einkommen nicht über 90 000 Mark liegt, die Versorgungsberechtigung bestehen bleiben. Voraussetzung ist nach dem Wortlaut, daß sich all diese Personen im Haushalt selbst befinden. Wie steht es aber, wenn die betreffende Familie ihre Kinder nach auswärts zur Ausbildung geschickt hat? Soll, wenn z. B. der Sohn auf einer auswärtigen Universität studiert und die Tochter in einem anderen Bildungsinstitut sich auswärts aufhält, der Vater der Berechtigung zum Bezug von Brotmarken verlustig gehen, weil nummehr der Haushalt nur zwei Personen kleiner ist und nach dem Wortlaut der Verordnung die Grenze bei einem Einkommen von 60 000 Mark liegt? Das würde eine Ungerechtigkeit sein, denn die Kosten des Vaters sind, wenn er seine Kinder auswärts unterhalten muß, größer, als wenn er sie zu Hause haben kann. Der Zweck der Verordnung soll sein, die Leistungsschwächen durch das billigere Markenbrot zu unterstützen, und ein solcher Vater gehört selbstverständlich zu den Leistungsschwachen. Der Sinn der Verordnung kann es daher wohl unmöglich sein, daß nur jeder „in dem gemeinsamen Haushalt verbleibende“ Haushaltsangehörige zu berücksichtigen ist. Verständlicherweise wird man die Verordnung nur so anwenden müssen, daß alle Familienangehörigen zu berücksichtigen sind, deren Unterhaltslast auf dem Haushalt ruht, ganz gleichgültig, ob sie in dem gemeinsamen Haushalt verbleiben oder ob sie auswärts sind.

Die Landarbeiterstreiks und ihre Folgen.

Die Landarbeiterstreiks auf einzelnen Gütern der Provinz, die zum größten Teile wieder beigelegt worden sind, haben auf den betroffenen Gütern trotz ihrer Kürze, wie aus nachstehender Aufzählung hervorgeht, erhebliche Schäden an der Volksernährung hervorgerufen. Der Herr Einsender aus dem Kreise Neustadt O. S. schreibt uns:

Eine Kennzeichnung des Streiks muß auch weniger beteiligte Kreise interessieren. Als zur gewöhnlichen Stunde zur Arbeit angespannt werden sollte, meldete mir einer, heute werde nicht mehr gearbeitet, es sei Streik angelegt. Auf meine Frage, warum denn gestreikt werden soll, erhalte ich von dem Melder und später immer wieder von anderen die Antwort, der Streik sei befohlen. Man stelle sich nun die Situation bei einem so heimlich und gut vorbereiteten und unvermutet einsetzenden Streik in der Landwirtschaft vor. Auf dem einen Hofe soll in die Säemaschinen eingespant werden, um den vorbereiteten Schlag zu Ende zu fassen, für den das Saatgut bezahlt ist oder in der Weize liegt. Nichts zu wollen, es ist Streik. Auf einem anderen Hof sollen die beladenen, auf dem Felde stehenden Kartoffelfahren bespant werden. Der Wagon ist bestellt, der Käufer beschließt dringend wegen Verladung, die Industriearbeiter warten hungrig auf die Kartoffeln. Nichts zu machen, es ist Streik. Auf einem dritten Hof soll in die Leiterwagen eingespant werden, — der Streik setzt nachmittags ein — denn das Grummesseu ist endlich trocken geworden; es liegt breit auf der Weize und muß geborgen werden. Wehe dem, heißt es, der in eine Fuhre einspannt. Wehe der, heißt es, die eine Fuhre nehmen und das Heu zusammenfassen sollte, „ich werde mich nicht totprügeln lassen“, sagt die unorganierte, arbeitswillige Arbeiterin. Gegen Abend steht ein kurzer, aber ausgiebiger Regen ein. Der erste Heuschnee war wegen Trockenheit wenig, der zweite ist wegen Streiks futsch. Der Milch-Rohstoff ist in Dunglosse verpackt. Die kostspielige Verbundarbeit ist umsonst. (Kurze Zeit nach Streikbeginn sammelte sich die „Organisation“ zu irgend einem Unternehmen. Im Sonntagmorgen, mit glänzenden Lederkutschwagen, ein Sträußen am Hut, einen festen Stod in der Hand, die Zigarette im Mund, so zieht ein Trupp nach dem Nachbargut. Es heißt, sie sollen auf dem Dominium B. jede Streikarbeit verhindern. Dorthin soll ein Trupp aus B. zu gleichem Zweck kommen. Radler laufen zu zweien, dreien und vierein von Hof zu Hof. Neben, Haltung und Bewegung zeigen von dem Hochgefühl ihrer Macht und Wichtigkeit. Ein Junge von 19 Jahren geht in den Herdeshof. Befragt, was er da wolle, antwortet er, er habe nachzusehen. Auf der Chauffee fahren aber doch Dominialkutschern. Befragt, ob sie denn nicht mitstreifen, antworten die Gespannführer, sie seien sozialdemokratisch organisiert, streifen nur mit der christlichen. Anderwärts wird berichtet, der christliche Gewerkschaftsführer in D. habe seine Vertrauensmänner versammelt und dort sei der Streik beschlossen worden. Es solle sich um die Erzwingung einer 100prozentigen Lohnerhöhung handeln. Einwas Zuverlässiges erzählt man nicht. Die Leute haben wohl seit einiger Zeit stark über die Teuerung geklagt, aber nicht über zu geringe Löhne. Viele von ihnen wissen ja selbst, daß fast jeder Deputatist schon durch Getreide, Kartoffeln, Milch und Teigmaterial weit über 100 000 M. jährlich erhält, wenn er die gegenwärtigen Marktpreise zugrunde legt. Daß noch so mancher von ihnen neben dem Deputat und Barlohn 50 bis 60 Mark täglich für Eier einnimmt, periodenweise, auch eine Schär (Gänse) auf den weiten Dominialhöfen und ein für 30 000 Mark veräußertes Schwein im Stall hat, das brauchen ja andere nicht zu wissen. Der Streik kann ja doch noch mehr einbringen. Es fehlt nur noch, daß die Streiktag bezahlt werden müssen.

Erhöhung der Fernspreckgebühren.

* Zu den im Fernspreckgebührengesetz und in der Fernspreckordnung festgesetzten Gebühren tritt vom 1. Oktober ab ein Zuschlag von 600 v. H. Es werden demnach folgende Gebühren erhoben:

Grundgebühr in Ortsnetzen bis 50 Hauptanschlüsse jährlich 2600 M., von 51 bis 100 jährlich 2940 M., von 101 bis 500 jährlich 3220 M., von 501 bis 1000 jährlich 3500 M., von 1001 bis 5000 jährlich 3920 M., von 5001 bis 10 000 jährlich 4200 M., von 10 001 bis 50 000 jährlich 4480 M., von 50 001 bis 100 000 jährlich 4760 M., von 100 001 bis 150 000 jährlich 5040 M., von 150 001 bis 200 000 jährlich 5320 M., jede angefangenen weiteren 50 000 Hauptanschlüsse mehr 280 M.

Drückgebühregebühr 1 M. 75 Pf., von öffentlichen Sprechstellen aus 3 M. 50 Pf.

Fernspreckgebühr bis 5 km 1,75 M., über 5 bis 15 km 5,25 M., über 15 bis 25 km 8,75 M., über 25 bis 50 km 14 M., über 50 bis 100 km 21 M., für jede angefangenen weiteren 100 km 10,50 Mark mehr.

Nebenanschlüsse mit gewöhnlichem oder Selbstanschlußapparat für die Nebenstelle 588 M., je 100 M. Anschlußgebühr 252 M., für das Anschlußorgan 294 M., zusammen mindestens 1134 M., bei Reihenapparaten Zuschlag für die Hauptstelle 1430 M., für die Nebenstelle bei 1 Amtsleitung 1680 M., bei 2 Amtsleitungen 2100 M., bei 3 Amtsleitungen 2520 M., bei 4—6 Amtsleitungen 3360 M., je 10 Meter Leitungsabstand bei 1 Amtsleitung 168 M., für jede Amtsleitung mehr 84 M., für private Nebenstellen 420 M., für die Nebenstelle eines Dritten ein Zuschlag von 280 M.

Einrichtungsgebühr für einen Hauptanschluß 1400 M., Nebenanschluß in demselben Gebäude 700 M., in einem anderen 400 M. Zuschlag für die Leitungsstrecke über 5 km für

100 m 252 M. Vorranggebühr bei Herstellung oder Verlegung von Anschlüssen 1050 M. Übertragungsgebühr 350 M.

Druckteile im Fernspreckbuch 140 M., bei Auflage über 100 000 Stück 280 M.

Vortragsanmeldung 3,50 M., Streichungs- oder Ausfunksgebühr 5,25 M., X.P., V. oder N-Gespräche für 1 Person 14.— M., Zuschlag für weitere Personen 7.— M.

Unfallmeldegebühr Zuschlag für Unfallmeldegespräch 42 M., Einbeziehung in Um-Dienst 420 M.

Gebühr für die Niederschrift eines Telegramms für das Wort 0,70 M., mindestens 14,00 M.

Jeder Fernspreckteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis 25. September zum 30. September zu kündigen.

Die Braut des Kaisers.

* Die Braut des Kaisers Prinzessin Hermine zu Schönau-Carolath, geborene Prinzessin Reuß ältere Linie, steht im 35. Lebensjahr. Sie ist am 17. Dezember 1887 in Greiz geboren und ist eine Schwester des letzten regierenden Fürsten Heinrich XXIV. (geb. 20. März 1878). Ihr Vater, Fürst Heinrich XXIV. (gest. 1902) war mit Ida Prinzessin zu Schaumburg-Lippe vermählt, deren Bruder, Prinz Adolf, sich 1890 mit der Prinzessin Wilhelmine von Preußen, einer Schwester des Kaisers, verheiratete. Die Braut ist also eine Nichte der Schwester des Kaisers. Ihre Ehe mit dem Prinzen Johann Georg zu Schönau-Carolath, der am 7. April 1920 verstorben ist, ging sie im Jahre 1907 ein; ihr sind fünf Kinder entsprossen — drei Söhne und zwei Töchter — im Alter von fünfzehn bis vier Jahren.

Aus Oberschlesien.

Die Steinkohlenförderung West-Oberschlesiens.

* Die Steinkohlenförderung West-Oberschlesiens betrug nach den vorläufigen Ermittlungen im August bei 27 Arbeitstagen 765 005 Tonnen gegenüber 684 513 Tonnen bei 26 Arbeitstagen im Vormonat bezw. 974 769 Tonnen bei 26 Arbeitstagen im August 1913. Die Gesamtförderung hat somit im Berichtsmonat um 80 492 Tonnen oder 11,8 Proz. gegenüber dem Vormonat zugenommen bezw. um 209 764 Tonnen oder 27,4 Prozent gegenüber dem Monat August 1913 abgenommen. Die arbeitstäglich Förderung betrug im Berichtsmonat 28 334 Tonnen gegenüber 26 327 Tonnen im Vormonat. An Kohle wurden im Berichtsmonat 120 537 Tonnen hergestellt gegenüber 111 190 Tonnen im Vormonat bezw. 75 916 Tonnen im Monat August 1913. Die Bricketherstellung betrug im August 1922 10 950 Tonnen gegenüber 9470 Tonnen im Juli d. J. — Die Waggeneinstellung belief sich im Berichtsmonat auf 61 276 Waggons, das sind arbeitstäglich 2269 Waggons. Die höchste Wageneinstellung betrug 2492 Waggons am 12. August, die niedrigste 1725 Waggons am 28. August. Geachtet haben insgesamt 8402 Waggons von insgesamt 69 678 angeforderten oder 12,1 Prozent.

Die verhängnisvolle Wohltätigkeitsvorstellung.

— Am letzten Mittwoch hatte sich das Reichsgericht zum zweiten Male mit dem großen Unglück zu befassen, das am 24. März 1919 die Stadt Gleiwitz betraf. Bei einer von 700 Personen, meist Kindern, besuchten Wohltätigkeitsvorstellung im Stadtparksaal brach, wie seinerzeit berichtet, infolge eines umhergehenden Vorhangs eines Kamis aus, infolge dessen 75 Kinder durch Zertreten und Zerdrücken ums Leben kamen. Die Leiterin der Veranstaltung, die unbekannte Anni Grund, wurde wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, weil sie die Überfüllung des nur für 500 Personen berechneten Saales zugelassen, nicht für genügende Aufsicht und mehrere Ausgänge georgt und die Kinder nicht auf das Vorhandensein von Abwärtsgängen aufmerksam gemacht habe. Das Landgericht Gleiwitz sprach die Angeklagte frei, weil sie die eingetretenen Folgen nicht habe voraussehen können. Das Reichsgericht hob dieses Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, das in erneuter Verhandlung auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten erkannte. Die hiergegen von der Angeklagten eingelegte Revision ist jetzt vom Reichsgericht als unbegründet verworfen worden, da die Vorinstanz eine strafbare fahrlässige Einwandfrei festgestellt habe. Die Angeklagte hätte, als sie sah, daß mehr als 500 Kinder im Saale waren, den Saal räumen lassen oder die Veranstaltung abbrechen müssen.

Deutsche Volkspartei.

* Da am Sonntag, 24. d. M. der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in Breslau tagt, hat der Wahlkreisverband Mittelschlesien für Sonnabend, 23. d. M. zu einem Parteitage eingeladen, um seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, in den Sitzungen der verschiedenen Nachschüsse die Führer der Partei zu hören. Es behandeln Kulturfragen Staatsminister Dr. Boelck und Reichstagsabgeordneter Deumermann, kommunale Fragen die Landtagsabgeordnete Oberverwaltungsgerichtsrat v. Ehner und Professor Dr. Leidig, Volkswirtschaft und Sozialpolitik die Reichstagsabgeordnete Senator Behnken und Dr. Hugo und die Landtagsabgeordnete Bayer und Schmidt, Angelegenheiten Reichstagsabgeordneter Thiel, Vorsitzender des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften, und der Geschäftsführer des Deutschen Wandbeamtenvereins, Zimmer, Beamtenfragen Reichstagsabgeordneter Morath und Landtagsabgeordneter Mehrer-Gerhard, landwirtschaftliche Fragen Reichstagsabgeordneter Dufche und Oberbürgermeister Charbonnier (Liegitz). Diesen Sitzungen, die am Nachmittag von 4 Uhr ab stattfinden, geht am Vormittag eine große politische Versammlung voraus, in der Reichstagsabgeordneter Frhr. von Meinhoben und Landtagsabgeordneter Behnken sprechen werden. Von 8 Uhr ab findet im Wappenhof ein „Deutscher Abend“ statt, auf dem Ansprachen gehalten werden von H. von Hünke, Admiral Scheer, Dr. Stresemann, Frau Clara Meinde, Staatsminister Dr. Boelck und Frhr. von Meinhoben. Die Ansprachen werden unvarrnt von Darbietungen des Ammannschen Frauenchors, des Kinderchors der Katharinenkirche (Gesangslehrer Jabel), eines ober-schlesischen Lehrergesangsquartetts u. a. mehr.

[Schülerkassen für Studierende.] Der Reichsverkehrsminister hat anordnet, daß die Schülerkassenkarten (halber Fahrpreis) nummehr den Studierenden auch während der Weihnachtsferien zugänglich gemacht werden sollen, während sie ihnen nach den bisherigen Tarifbestimmungen nur zu Beginn und zum Schluß des Semesters gewährt wurden.

r. Reichenbach, 21. September. Starker Sturm richtete am Mittwoch im Gullenberg großen Schaden an. Das Obst wurde massenhaft abgerissen, Bäume entwurzelt oder geknickt und verdrängt, sogar die Beobachtungen der Häuser an in Mitleidenhaft gezogen. — An der hiesigen landwirtschaftlichen Schule wird mit Beginn des neuen Lehrgangs eine zweite Klasse eingerichtet. — Eine Stenographenklasse des 8. Bezirks des schlesischen Stenographenbundes Stöcker-Schreib, umfassend die Vereine Reichenbach, Langenbielau, Peterswaldau, Nimptsch, Frankenstein, Camenz, Münsterberg und Glatz wurde unter Leitung des neuen Bezirksobmanns, Lehrer Weiss am Sonntag in Camenz abgehalten. Vormittags fanden Wettlesien und Wettreiben statt. Unter den 200 abgefertigten Arbeiten befanden sich viele, die für preiswürdig befunden wurden.

Lokales.

Erhöhung des Brotpreises.

* Der Höchstpreis für den Verkauf des aus dem von der Stadt gelieferten Unlagemehl hergestellten Markengebäckes im Kleinhandel ist für die Zeit vom Montag, den 25. September ab auf 950 Mark für ein Pfund Voggengrot und auf 250 Mark für eine Semmel erhöht worden.

In der Zigarrenfabrik.

* Die Zigarrenfabrikation ist ein bedeutender Zweig des Breslauer Geschäftslebens. In Breslau hat darin sogar eine führende Rolle, trotz Bremen und Hamburg. Bekannt sind die großen Zigarrenfabriken der Firmen Deter in Breslau, die in der Provinz noch Zweigfabriken in großer Zahl besitzen. Die Fabrik von Otto Deter mit dem Stammsitz in der Firma Friedrich-Wilhelm-Strasse 40 wurde in dieser Woche von dem Verein Breslauer Zigarrenhändler in der städtischen Zahl von weit über 100 Mitgliedern besucht. Dabei wurde das ganze Fabrikationsverfahren den Männern vorgeführt, die berufen sind, die Erzeugnisse der Fabrik durch ein vielgeübtes Netz den weiten Verbrauchertreuen zuzuführen. Bei der Besichtigung wurde die gegenwärtig schwierige Lage für das Zigarrengewerbe immer wieder hervorgehoben. Sie hängt aufs engste zusammen mit den schwierigen allgemein wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie haben auch die Tabakerzeugnisse im Preise berührt in die Höhe schnellen lassen, daß die Vertreter dieses Handels befürchten, daß die Verbraucher sich immer stärker Einführungen auferlegen und dadurch den Fortbestand vieler Erzeugnisse des Zigarrenhandels gefährden werden. Das wird bei den heutigen hohen Preisen schon empfunden. Aber es wird weit schlimmer werden, denn die Kultivation der gegenwärtig hergestellten Zigarren kommt zu derartig magerhaften Preisen, selbst schon für die einfachsten Sorten, daß man sich allerdings fragen muß, wie viele noch in der Lage sein werden, das Zigarrenrauchen beizubehalten. Kurzum ist die Tabakeinfuhr gekippt. Die Preise für den Rohstoff, die auf der Einfuhr von Holland angelegt werden müssen, sind bei dem Stande unserer Mark natürlich enorm. Dazu kommt der hohe Goldzoll, der in Zukunft eine beträchtliche Erhöhung erfahren soll. Gegenwärtig werden die Tabakmengen verarbeitet, die schon seit längerer Zeit nach dem Inland gekommen sind.

In dem Lager sah man große, in Matten eingenähte Ballen Rohstoff von Java, Sumatra, Domingo und Brasilien. In geringer Menge war auch Savanna vorhanden. Selbst die Bündel von Tabakblättern, die in diesen Ballen aufeinandergepreßt sind, haben bereits eine vielfache Verarbeitung und Sortierung hinter sich. Die einzelnen Blätter der Pflanzen werden verschiedentlich bewertet und es handelt sich dabei weniger um den Geschmack, als um die Farbe. Seit etwa zwei Jahrzehnten werden von 80 Prozent der deutschen Raucher die hellen Farben bevorzugt, ohgleich sie feinen anderen Geschmack haben als die dunkleren Deckblätter. Die hellen Blätter werden mit Sandblatt bezeichnet. Es sind das die untersten Blätter der Tabakpflanze. Sie müssen etwa zehnmal so hoch bezahlt werden, wie die sogenannten Stammbblätter. Das über dem Sandblatt wachsende Blatt wird ebenfalls ausgelesen und führt die Bezeichnung Pfälzblatt. Für die Verarbeitung werden die Blätter angefeuchtet, wodurch sie ihre Sprödigkeit verlieren und ziemlich elastisch werden. In einer Abteilung der Fabrik werden nun die Rippen aus den Blättern gerissen, die für andere Zwecke, zur Verarbeitung von Rauchtobak, abgegeben werden. In der nächsten Abteilung werden die Einlagen oder die Widel der Zigarren hergestellt. Alles ist Handarbeit, eine maschinelle Verarbeitung kommt bei der Zigarrenherstellung nur beim Pressen und der Herstellung des Glanzes, des sogenannten Spiegels auf der obersten Lage der Zigarrenkappe, oder auch bei manchen Sorten auf jeder Lage vor. Bei der Herstellung der Widel werden für die einzelnen Sorten verschiedene Holzarten verwendet. Manche Sorten werden auch ohne jede Form direkt mit der Hand hergestellt. In den weiteren Abteilungen werden die Widel mit dem Deckblatt versehen. In der Hauptfabrik sind es Frauen, welche diese Arbeit machen. Auch die Zigarrentisten werden in der Fabrik selbst hergestellt.

Die 1867 gegründete Firma hat in der Provinz verstreut, in Oslau, Opeln und verschiedenen Dörfern, im ganzen 10 Fabriken, in denen über 1500 Leute beschäftigt sind. Täglich werden ungefähr 1 200 000 Zigarren fabriziert. Der Besichtigung der Fabrik in der Friedrich-Wilhelm-Strasse in Breslau folgte eine Fahrt nach dem Zigarrenmacherdorf Peitzewitz bei Oslau, wo ebenfalls eine Fabrik von Otto Deter im Betriebe ist. Die Fahrt erfolgte auf einer Reihe von Lokalfahrwegen der Firma. Peitzewitz liegt in dem schlesischen Tabakbaugebiet. Daher ist die Zigarrenmacherei dort alte Tradition der Bewohner. In den großen Fabriken wird aber einheitlicher Tabak nicht verarbeitet, sondern auch hier nur Tabak aus dem Ausland. Die Fabrikation geht hier insofern etwas anders vor sich, als die Arbeiterinnen durchweg nicht Teilarbeiten ausführen, sondern die Zigarren von Anfang bis zu Ende selbst herstellen. Nach der Besichtigung luden Herr Otto Deter und seine Gattin die Teilnehmer an der Fahrt zu einem Frühstück ein, bei dem Begrüßungs- und Dankansprachen ausgetauscht wurden.

Verschiedene Nachrichten.

— Die Schlesische Gartenbaugesellschaft aus Breslau blüht in diesem Jahre auf ihr 75jähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß hat sie eine Jubiläumsschrift herausgebracht, die die Fortentwicklung der Gesellschaft zum 50jährigen Jubiläum bildet. Für Fachleute und Gartenfreunde wird sie von besonderem Interesse sein, da sie zugleich ein geschichtliches Dokument über die Weiterentwicklung des schlesischen Gartenbaues darstellt. Aus gleichem Anlaß wird am Sonnabend, 23. d. M. abends 6 Uhr im großen Schützenverwalter ein Fest mit Tamen veranstaltet, zu dem Freunde, Fachleute und Gäste herzlich eingeladen sind.

— Zur Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose werden den Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse Eintrittskarten zum Vorzugspreise von 3,50 M. abgegeben. Sie sind in der Hauptgeschäftsstelle, Lessingstraße 21/23, und in den Zahlstellen: Lehmgartenstraße 2, Schützenpolsterstraße 26/28, Andersenstraße 23 und Matthiasstraße 86 erhältlich.

Die Ortsgruppe Breslau des Bundes der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Kultur veranlaßt ihre nächste Hauptversammlung am Freitag, den 22. September, 8 Uhr abends, im „Goldenen Reiter“, Schmeidestraße, 2. Etage. Es spricht Lehrer Edmund Jabel über „Personalsinn als Weltanschauung“. Gäste sind willkommen, der Eintritt ist frei.

[Theater.] Stadthaeer: Freitag 6 Uhr „Siegfried“ (Damen Holzer, Portner-Palmer, Gajewski, Gerren, Groß, Danckild, Köstgen, Radow, Wittenkopf, Witzke, Leitner, Krieger, Spielmann, Dietrich). — Vobetheater: Freitag Mar Fallenberg als Juvavil in „Familie Schmel“. Technischen Schwierigkeiten wegen muß die für Sonntag 3½ Uhr im Vobetheater angelegte Nachmittagsvorstellung von „Familie Schmel“ abgesetzt werden. In Abänderung des Spielplanes geht am Sonntag abends an Stelle der Komödie „Der Waidwau“ „Familie Schmel“ in Szene. — Thalia-Theater: Freitag und Sonnabend „Der Schildpattkamm“. Für Sonntag in Vorbereitung: „Zugendreunde“. Uraufführung von Ludwig Kulla. In den Hauptrollen Elise Edert, Marta Edert, Eva v. Meng, Friedel Wellhoff, Ludwig Bara, Rudolf Renfer, Gustav Koebe, Carl Weit und Ludwig Ullrich. Regie: Ludwig Kulla. — Schauspielhaus: Freitag: „Die Saiten“. Sonnabend zum ersten Male „Die beiden Nachigallen“ mit Emma Gurs, Minna Lena, Julia Michaelis, Gertrude Weßbauer, Oskar Brandl, Albert Engelmann, Josef Kaufmann, Rudolf Kurt, Edmund Pouch, Ernst Wendler in den Hauptrollen. Samstag: Leitung Oberpfleister: Fritz Karl. Musikalische Leitung Franz Marzalek. Sonntag nachmittag: „Der fidele Bauer“. Sonntag und täglich: „Die beiden Nachigallen“.

Auto
 2 Cyls. Hintereinander,
 mob., abnehm. Plab.,
 Aluminium-Verbleibsch.,
 einbez. Verb., Kullage,
 Ansaugklappen, verstellbare Ventile,
 60/14, Neufabrik. 29/33
 Gleitschleife, 1000 cc. Z.
Elmouline,
 modern, 1700 cc. Hintereinander,
 1700 PS., sehr billig ab
 verkaufen. Angebotsnummer
 0 208 21. A. G. 201. 11

